



BESCHLUSS-(RESOLUTIONS-)ANTRAG

der Gemeinderät*innen Georg Prack BA, David Ellensohn, Mag^a Heidi Sequenz, Viktoria Spielmann BA und Freund*innen (Grüne)
eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 11.12.2020
zu Post 1 der heutigen Tagesordnung (zur Spezialdebatte Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen) betreffend

5.000 zusätzliche Gemeindewohnungen in der 21. Wahlperiode

B E G R Ü N D U N G

„Ich schlage vor, dass wir wieder Gemeindewohnungen bauen“: Im Wahlkampf 2015 hat Wiens Bürgermeister Michael Häupl eine Forderung der Grünen aufgegriffen und verkündet, dass Wien das Gemeindebauprogramm wiederaufnimmt, nachdem es 2004 ebenfalls unter sozialdemokratischer Führung eingestellt worden war. Statt den angekündigten 2.000 neuen Gemeindewohnungen wurden seit 2015 durch die rot-grüne Koalition schließlich über 4.000 neue Gemeindewohnungen auf den Weg gebracht. Die von den Grünen bereits zu Beginn eingeforderte Zielgröße von zumindest 1.000 Gemeindewohnungen pro Jahr wurde demnach binnen kurzer Frist erreicht.

Mit der – im Koalitionsabkommen von SPÖ und NEOS enthaltenen – Zielsetzung von 1.500 neuen Gemeindewohnungen in einer Legislaturperiode wird de facto die neuerliche Einstellung des Gemeindebauprogramms eingeläutet. Um den Anteil der Gemeindewohnungen am Gesamtbestand zu halten, müsste ca. ein Viertel des Wohnungsneubaus – also 2.000-3.000 Gemeindewohnungen pro Jahr – als kommunaler Wohnbau errichtet werden. Dagegen sind die in Absicht genommenen 300 Wohnungen pro Jahr nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Selbst das unter Bürgermeister Häupl 2015 angekündigte Ziel, dass in Zukunft jede zehnte neu errichtete Wohnung eine Gemeindewohnung sein soll, wird mit dem rot-pinken Koalitionsabkommen massiv verfehlt.

Der kommunale Wohnbau ist nicht nur eine soziale Errungenschaft der Vergangenheit, die 2019 zu Recht in Ausstellungen zelebriert wurde. Der kommunale Wohnbau ist auch ein zukunftsweisendes Modell, um leistbares Wohnen zu garantieren. Die „Mechanismen des freien Marktes“, auf die sich das Wohnbauprogramm der Koalition von SPÖ und NEOS unter anderem bezieht, stehen im Widerspruch zum Menschenrecht auf Wohnen, wie es in Wien nun seit mehr als einem Jahrhundert gelebt wird.

Gerade in der Krise braucht es öffentliche Investitionen in soziale und nachhaltige kommunale Infrastruktur. Deshalb ist die – im Koalitionsabkommen von SPÖ und

NEOS vorgesehene – Vollbremsung beim Gemeindebauvolumen abzulehnen. Damit der kommunale Wohnbau auch in Zukunft seine volle Stärke für die Wiener*innen entfalten kann, braucht es vielmehr eine Erhöhung des Neubauvolumens von Gemeindewohnungen.

Die unterzeichnenden Gemeinderät*innen stellen daher gemäß 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass zusätzlich zu den bereits in der 20. Wahlperiode angekündigten 4.000 neuen Gemeindewohnungen in der 21. Wahlperiode zumindest 5.000 weitere Gemeindewohnungen NEU auf den Weg gebracht werden.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 11.12.2020